

# Vossische



# Zeitung

20 Pfennig

Geegründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblätter“, „Litterarische Umschau“ — Mittwoch: „Für Reise und Wanderung“ — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4,50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, um Zeile 18 Pfennig. Familien-Anzeigen um Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag: Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: in Ausw. d. Handeltreibl.: Carl Misch, Berlin, Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 300-302, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 300-308. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 60.

## Briand gestürzt

### Vorstoß Herriots

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

Ist Paris, 17. Juli

Das Ministerium Briand-Gaillaux ist gefallen, nachdem das von ihm eingebrachte Vermögensgesetz von der Kammer mit 288 gegen 243 Stimmen abgelehnt worden ist.

Der Konflikt zwischen der Regierung und den republikanisch-demokratischen Parteien des Parlaments, dem man nach Gaillaux' Art, seine diktatorische Machtsprüche geltend zu machen, erwartete, ist in der heutigen Stimmabgabe der Kammer in einem Zusammenstoß zwischen Herriot und Briand mit geradezu elementarer Wucht zur Entladung gekommen. Man war, nachdem der linke Flügel der radikal-sozialen Partei heute morgen die späteste Opposition gegen das Vermögensgesetz beizugehen hatte, auf einen erbitterten Kampf gefaßt.

Daß Herriot selbst ihn eröffnete und ihn, indem er damit seine Autorität als Sprecher der Kammer in die Waagschale warf, zu dem von Briand mit Recht als tragisch beschiedenen Konflikt zwischen Regierung und Parlament hineingeführt hat, war die große Ueberraschung des heutigen Tages.

Nach einem für die Auslösung des Kampfes entscheidenden Eingriff Louis Marins, des Führers der Rechten, gegen die Regierung, hatte Gaillaux in einer letzten Intervention die Situation zugunsten der Regierung zu wenden versucht, jedoch ohne Erfolg. Der von ihm beantragte Schluß der Generaldebatte und Uebertragung zur Spezialdebatte der Artikel, zu welchem er die Vertretungsfrage stellte, ist von der Kammer mit einer Mehrheit von 45 Stimmen abgelehnt worden.

Das Kabinett Briand zog sich sofort nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zurück, um den Text des Vermögensgesetzes abzuschließen, welches Briand noch heute Abend im Schloß überreichte. Präsident Doumergue hat die Demission angenommen und die Minister geteilt, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Präsident Doumergue beginnt bereits heute Abend mit seinen Beratungen zur Bildung des neuen Kabinetts.

Der nächste Schritt Briand begann seine politische Laufbahn als sozialistischer Abgeordneter. Seit dem Jahre 1909 handelte er an der Spitze von zehn französischen Kabinetten. Bei Ausbruch des Krieges war er Kulturminister im Kabinett Briand. Vom Oktober 1915 bis März 1917 war er Ministerpräsident während der Präsidentschaft Doumergues. Von den zwölf Kabinetten, die Frankreich seit Kriegsende im Amt gehabt hat, tragen fünf allein den Namen Briand, zweimal hat ihn der Reichspräsident Millerand, dreimal der im Juni 1924 gewählte Präsident Doumergue in dieses Amt gerufen. Die große Zeit der aufsteigenden

politischen Wirksamkeit Briands beginnt mit seiner Rolle als Führer der französischen Völkerbunddelegation. Als solcher hat er an dem Genfer Protokoll entscheidend mitgearbeitet, sein Anteil an den Locarno-Verträgen ist bekannt.

### Der Sturz der Konfultn

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

\* Paris, 17. Juli

Das 10. Kabinett Briand, das Ministerium der beiden Konfultn, von dem man in Frankreich die Rettung aus Finanznöten und Währungsnot erwarpte, liegt seit heute Abend am Boden. Seine ministerielle Existenz hat noch nicht einmal drei Wochen gedauert. Gaillaux' Nachbungen, der nach der Diffamatschrift, ist der Regierung zum Verberben gemordet. Den Verzicht, das Parlament seiner gesetzgeberischen Rechte zu entziehen, hat die Kammer mit dem Sturze des Ministeriums beantwortet. Die Mehrheit, die sich heute Abend gegen Gaillaux aufgefunden hat, ist nicht minder heterogen, als es die Mehrheit gewesen ist, die vor genau acht Tagen das Kabinett durch ein Vertrauensvotum geehrt hatte. Geschiedenen haben auch diesmal wieder die Sozialisten und die Kommunisten gestimmt. Alle anderen Gruppen waren gesplittet und sind bei der Abstimmung auseinandergefallen.

Diese Ungeklärtheit der parteipolitischen Verhältnisse macht die Lösung der Krise außerordentlich schwierig. Nach den parlamentarischen Verhältnissen mit Präsident Doumergue, der morgen seine Konstitutionellen beginnen wird, sich zunächst an Herriot wenden müssen, dessen Vorstoß die Regierung zu Fall gebracht hat. Die Aussichten, daß Herriot eine tragfähige Mehrheit für ein Kabinett zustande bringen wird, sind heute jedoch kaum größer, als es vor drei Wochen gewesen ist. Im Gegenteil! Herriots heutiger Angriff gegen die Regierung hat ihn im eigenen Lager zahlreiche neue Gegner geschaffen.

Die politische Zukunft Frankreichs ist unter diesen Umständen im höchsten Grade dunkel. Das Ergebnis, was sich mit einiger Sicherheit voraussagen läßt, dürfte ein neuer katastrophaler Sturz der französischen Währung sein, der nur die räuberische Beendigung der Krise und das Zustandekommen eines durch seine Homogenität aktionsfähigen Kabinetts einzuwendenden imstande sein dürfte.

\* Paris, 17. Juli

Am Schloß wird erklärt, daß Präsident Doumergue Wert darauf lege, die Krise möglichst schnell, unter Umständen noch im Laufe des morgigen Tages, beizulegen. Er wird die Beratungen mit den zuständigen Verantwortlichen noch im Laufe der heutigen Nacht aufnehmen. In parlamentarischen Kreisen spricht man von einer kommenden Kombination **Verriault-Tardieu-Rodan-Vivier**. Es ist heute nachmittag viel bemerkt worden, daß Tardieu der Nebe-Verriaults lebhaft beifall spendete, und man schloß daraus auf ein Einverständnis zwischen den beiden Politikern, das vielleicht schon vor der Sitzung bestanden hat.

Sitzungsbericht auf der zweiten Seite!

## Sachlichkeit

von  
Georg Bernhard

In den sonnenhell durchglänzten Räumen des aller Weltlichen-Gymnasiums, das nach seinem Umbau die Dienstleistungen des Reichswirtschaftsrates beherbergt, arbeitet nun schon mehrere Wochen hindurch die von der Reichsregierung eingesetzte Wirtschaftsausschuss. Männer der Praxis (Unternehmer und Arbeiter), Vertreter des öffentlichen Lebens und Förderer der Wissenschaft sitzen dort beieinander und diskutieren vorläufig über die besten Methoden, zu Frankreich zu gelangen, auf Grund deren Geschäftsverhältnisse und Interessen aus allen Wirtschaftsbereichen vernommen werden können. Eine mühselige Arbeit als Vorbereitung zu einem Bericht, von dem heute noch keiner fertig sein, ob er gelingen wird oder nicht. Denn zu Aufgabe des dieser Enquete von der Reichsregierung gestellt wurde, ist so gewaltig, daß ein gewisser Optimismus von vornherein dazu gebracht, an deren Durchführbarkeit zu glauben. Vorweg geht es denn? Die Mitglieder der Enquetekommission sollten durch ihre Bemühungen der Bericht schreiben, in das Gewicht der durch die politische Agitation der letzten Jahre geschaffenen Fragen über alle möglichen wirtschaftlichen Dinge Klarheit durch Feststellung von Tatsachen zu bringen. Es ist verständlich, in großen Fragen ein möglichst richtiges Bild der jetzigen Gestaltung der deutschen Wirtschaft und der Veränderungen zu geben, die sich seit der Zeit vor dem Krieg vollzogen haben. Ein Bild, das nicht „von der Parteien“ und „von der Genuß“ herkommt, sondern das der Wahrheit möglichst einseitigen nachkommen, weil es von Anhängern der vertriebenen Meinungen und Richtungen unter dem Eindruck des mit Hilfe aller zusammengebrachten Materials entworfen ist. Niemand weiß heute, wie lange es dauern wird, bis das geforderte Ziel erreicht ist. Die Vorbereitung des Berichtes, der heute schon fertig sein soll, ist beauftragt, ist, meist vielfach wohl zum ersten Male, wieder in den letzten Jahren geschrieben und gerichtet worden ist über Dinge, über die sachliche Grundlagen zu beschaffen bisher noch niemand versucht hat. Aber eine hat sich doch nicht ohne Grund: von den Kommunisten sind von den Sozialisten sitzen die Männer zusammen, die den ersten Willen haben, miteinander sachlich zu verhandeln. Es sind vielfach die besten Leute, die, wenn sie sich brauchen auf der Agitation über den Reichstag gescheiterten, sich sofort beiseite setzen und ihre Argumente so klar in den Saal stellen, als ob an deren sachlicher Fundierung irgendein Zweifel überhaupt nicht zulässig wäre. Es sind diese Menschen der politischen Amorphose entzogen, die fest ihren der Zweifel auf, und es zeigt sich immer wieder, daß die Sachlichkeit, die die Parteien, wie nötig die Vorbereitung unter gefeierten Politik aus dem Banden des Parteidogmas ist.

## Die neue Vermittlungsaaktion der Kirchen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

\* London, 17. Juli

Auf einen Brief des Bischofs von Siegfried, in dem dieser Baldwin bitten, eine Abordnung der Kirchen zu entsenden, um mit dieser das Redaktionsamt zu ersetzen, hat Baldwin heute zustimmend geantwortet. Er wird die Abordnung am Montag um 6 Uhr im Unterhaus empfangen. Er betont jedoch ausdrücklich, daß die Regierung nicht in der Lage sei, die von der Kirche gemachten Vorstöße anzunehmen. Denn sie schätze die Abordnung ein, die die Regierung eine weitere Subsidie an die Bergwerksindustrie gewähren soll, damit die Arbeit für ein- und für die alten Kohlenminen und der früheren Arbeitslosigkeit zuzend einer Uebergangszeit wieder aufgenommen werden können

Darauf könne die Regierung nicht eingehen, und er halte es daher für zwecklos, die Vorstöße den Erwerbslosen zu unterbreiten. Es sehe nicht in der Macht der Regierung, die Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden könne, zu bestimmen. Sie könnten nur durch Abkommen zwischen Erwerbslosen und Bergarbeitern festgelegt werden.

In einer Vermittlung in Stormid, die von über 250000 Personen besucht war, erklärte Baldwin über den Kohlenkonflikt, daß man sich fragen müßte, warum der industrielle Bergwerkswirtschaft werde. Wer könne darüber gewinnen? Nach seiner Ansicht hätten die Bergarbeiter während der Jahre befristet, um ein faires und ehrenhaftes Abkommen zu erreichen. Er könne den Grund dafür nicht einsehen, wenn es nicht der sei, daß sie den Bergwerk aufrechtzuerhalten wollten, um den Staat, falls er nicht willens sei, dazu zu zwingen, auf Kosten der Arbeiter in jeder anderen Industrie es Landes dem Bergbau Subsidien zu gewähren.